

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

57. Sitzung

am Mittwoch, dem 23. April 2003, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Roswitha Strauß (CDU)

Vorsitzende

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Hermann Benker (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Uwe Eichelberg (CDU)

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock (CDU)

in Vertretung von Brita Schmitz-Hübsch

Dr. Johann Wadephul (CDU)

Christel Aschmoneit-Lücke (FDP)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Mittelstandes (Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz MFG)	5
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/2056 (neu) - 2. Fassung -	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, zur Verselbstständigung der Investitionsbank und zur Verwaltung der Landesliegenschaften	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2448	
3. a) Ladenöffnungszeiten	7
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/377 (neu)	
b) Abschaffung des Gesetzes über den Ladenschluss	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/388	
c) Innenstädte und „Tante Emma“ stärken	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/418	
d) Liberalisierung des Ladenschlusses	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2575 (neu)	

- 4. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europarechtlicher Vorschriften in Landesrecht (Vogelschutz-Richtlinie, FFH-Richtlinie, UVP-Änderungsrichtlinie, IVU-Richtlinie und Zoo-Richtlinie) – Landes-Artikelgesetz –** **9**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1950
- 5. Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein** **10**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2552
- 6. Bericht über die Reduzierung von statistischen Erhebungen** **11**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2549
- 7. Bericht über die Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 2001** **13**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2253
- 8. Verschiedenes** **15**

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Mittelstandes (Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz MFG)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2056 (neu) - 2. Fassung -

hierzu: Umdrucke 15/2823, 15/2847, 15/2934, 15/2935, 15/2943, 15/2948
bis 15/2952, 15/2963, 15/3147, 15/3228

(überwiesen am 10. Oktober 2002)

Abg. Schröder unterbreitet den Vorschlag, zu dem Gesetzentwurf nach Möglichkeit einen interfraktionell getragenen Änderungsantrag einzubringen und die Beratung der Vorlage 15/2056 (neu) - 2. Fassung - unter Berücksichtigung dieses Vorschlages auf die Mai-Sitzung des Ausschusses zu verschieben. - Abg. Eichelberg signalisiert für seine Fraktion Zustimmung.

Die Beratung des Tagesordnungspunktes wird vom Ausschuss einmütig vertagt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, zur Verselbstständigung der Investitionsbank und zur Verwaltung der Landesliegenschaften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2448

(überwiesen am 20. Februar 2003 an den **Finanzausschuss** und an den Innen- und Rechtsausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/3089, 15/3182, 15/3189 bis 15/3191

Abg. Eichelberg trägt vor, dass seine Fraktion dem Gesetzentwurf mit Ausnahme des Artikels 12, Gesetz über die Feststellung eines Nachtrages zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003, zustimmen werde.

Ohne weitere vertiefte Aussprache finden die Artikel 1 bis 11 sowie 13 und 14 des Gesetzentwurfs die Zustimmung des gesamten Ausschusses. Artikel 12 wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

In der folgenden Gesamtabstimmung empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU dem federführenden Finanzausschuss, dem Plenum des Landtages vorzuschlagen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Ladenöffnungszeiten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/377 (neu)

b) Abschaffung des Gesetzes über den Ladenschluss

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/388

c) Innenstädte und „Tante Emma“ stärken

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/418

(überwiesen am 27. September 2000 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdruck 15/980

d) Liberalisierung des Ladenschlusses

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2575 (neu)

(überwiesen am 3. April 2003 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion der CDU empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem federführenden Sozialausschuss, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/377 (neu) für erledigt zu erklären.

Der Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/388, wird dem federführenden Sozialausschuss mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP bei Stimmenthaltung der CDU zur Ablehnung empfohlen.

Mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird dem federführenden Sozialausschuss einstimmig empfohlen, dem Landtag vorzuschlagen, den Antrag Drucksache 15/418 für erledigt zu erklären.

Die Beratung des Antrages der Fraktion der CDU betr. Liberalisierung des Ladenschlusses, Drucksache 15/2575 (neu) wird vom Ausschuss vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europarechtlicher Vorschriften in Landesrecht (Vogelschutz-Richtlinie, FFH-Richtlinie, UVP-Änderungsrichtlinie, IVU-Richtlinie und Zoo-Richtlinie) – Landes-Artikelgesetz –

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1950

(überwiesen am 20. Juni 2002 an den **Umweltausschuss**, den Wirtschaftsausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und den Agrarausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/2479, 15/2687, 15/3019, 15/3020, 15/3053, 15/3075, 15/3092, 15/3095, 15/3097, 15/3099, 15/3100, 15/3104, 15/3106, 15/3108 bis 15/3110, 15/3112 bis 15/3114, 15/3119 bis 15/3121, 15/3124, 15/3133, 15/3136 bis 15/3141, 15/3157, 15/3160, 15/3162 und 15/3290

Der Ausschuss spricht mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP die Empfehlung an den federführenden Umweltausschuss aus, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung, Drucksache 15/1950, unter Berücksichtigung der mit Umdruck 15/3290 vorgelegten Änderungen zur Annahme zu empfehlen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2552

(überwiesen am 4. April 2003 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Benker weist auf die Bedeutung des Wachstumsmarktes Gesundheit hin und begrüßt für seine Fraktion die Zusammenführung von Gesundheitswirtschaft und Tourismuswirtschaft nachdrücklich. Patienten, die sich in Schleswig-Holstein aufhielten, zögen auch zusätzliche Gäste nach Hamburg und im Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein entwickle sich so auch ein „Begleittourismus“.

Abg. Eichelberg plädiert dafür, im Rahmen der Haushaltsberatungen noch deutlicher herauszuarbeiten, wo was konkret gemacht werden solle. Initiativen im Bereich Gesundheit müssten mehr als wirtschaftspolitische Maßnahmen verstanden werden und das Wirtschaftsministerium müsse sich in dieses Segment noch stärker hineindenken. Wenn der Bericht aus seiner Sicht auch noch viele Fragen offen lasse, empfehle er den Bericht doch zur Kenntnisnahme.

Einstimmig nehmen die Ausschussmitglieder den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/2552, zur Kenntnis und erklären insoweit ihre Beratungen für abgeschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht über die Reduzierung von statistischen Erhebungen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2549

(überwiesen am 4. April 2003 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Wirtschaftsausschuss)

Abg. Dr. Wadephul merkt an, dass aus seiner Sicht der Bericht der Landesregierung wenig aussagekräftig sei. Er vermisse Auskünfte darüber, was konkret unternommen werde, um die Anzahl der Statistiken zu verringern. Er nimmt sodann Bezug auf die im Bericht enthaltene Mitteilung, dass im Rahmen eines Positionspapiers, das auf der Wirtschaftsministerkonferenz im Dezember 2002 verabschiedet worden sei, in Schleswig-Holstein das Statistische Landesamt, die IHKs sowie der Unternehmensverband Nord aufgefordert worden seien, Vorschläge für einen weiteren Statistikabbau zu unterbreiten. Abg. Dr. Wadephul möchte wissen, welche Vorschläge inzwischen eingegangen seien, welche Vorschläge davon der Bundesregierung übermittelt worden seien und wie die weitere Zeitplanung im Zusammenhang mit dieser Initiative auf Bundesebene aussehe.

Ref. Hirschfeld erwidert, dass die Überprüfung der Wirtschaftsstatistiken seit Anfang der 90er-Jahre ständiges Programm sowohl auf Bundesebene als auch in Schleswig-Holstein sei. Das große Problem dabei sei, dass eigentlich nur noch Statistiken geführt würden, die sich aus Bundesgesetzen herleiteten. Insofern könne Schleswig-Holstein zur Erreichung eines Abbaus bei der Zahl der Statistiken nur eine Bundesratsinitiative starten oder versuchen, die Bundesregierung zu bewegen, auf diesem Gebiet etwas zu tun.

Zu der im Bericht genannten und von Abg. Dr. Wadephul angesprochenen Initiative auf Bundesebene führt Ref. Hirschfeld sodann aus, dass Vorschläge inzwischen eingegangen seien und der Leitung des Wirtschaftsministeriums zur Entscheidung vorgelegt worden seien. Diese Entscheidung stehe gegenwärtig noch aus, es sei aber vorgesehen, die Ergebnisse dieser Entscheidung der Bundesregierung zu übermitteln und sie anschließend auch dem Bund-Länder-Ausschuss Statistik vorzutragen.

Abg. Müller bittet darum, den Wirtschaftsausschuss rechtzeitig über die Entscheidung betreffend den Abbau der Anzahl der Wirtschaftsstatistiken zu informieren, bevor der Bundesebene ein entsprechendes Papier zugeleitet werde.

Abg. Dr. Wadephul bittet darüber hinaus darum, dem Ausschuss nicht nur die Vorschläge zu übermitteln, die von der Entscheidung des Wirtschaftsministeriums positiv betroffen sein würden, sondern ihm auch eine Aufstellung der Anregungen zugänglich zu machen, die aus dem Bereich der Wirtschaft gegeben worden seien und gegebenenfalls nach der Entscheidung nicht übernommen werden sollten. Im letzten Fall würde den Ausschuss auch die Begründung für diese Nichtberücksichtigung interessieren. Des Weiteren hält es Abg. Dr. Wadephul für erforderlich, auch einen Blick darauf zu werfen, inwieweit auf europäischer Ebene vorgegebene Statistiken einer kritischen Überprüfung unterzogen werden könnten.

Abg. Müller schlägt sodann vor, an dieser Stelle die weitere Beratung über diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen und sie in Anwesenheit des Wirtschaftsministers dann wieder aufzunehmen, wenn sich Absichten zu einer Initiative auf Bundesebene konkretisiert haben sollten.

Der Ausschuss beschließt entsprechend der Anregungen der Abgeordneten Müller und Dr. Wadephul.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bericht über die Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 2001

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2253

(überwiesen am 22. Januar 2003 zur abschließenden Beratung)

Prof. Dr. Block verdeutlicht, Basis der Arbeit der TSH seien die Einnahmen aus dem Stiftungskapital. Das Stiftungskapital stehe inzwischen wieder voll zur Verfügung. In den letzten Jahren habe man Erträge in der Größenordnung von 2,5 Millionen € und 2,7 Millionen € gehabt. Die Kapitalmarktentwicklung habe jedoch dazu geführt, weil man im festverzinslichen Bereich engagiert sei, dass dieser Betrag gesunken sei. Im Jahr 2002 habe man Einnahmen in Höhe von 1,4 Millionen € verzeichnen können. Realistischerweise müsse man wohl auch in den nächsten Jahren von dieser Größenordnung ausgehen. Weil man in den zurückliegenden Jahren aber nicht immer die Mittel in der Höhe ausgegeben habe, wie sie jeweils zugeflossen seien, habe man im Jahre 2002 den Rückgang der aktuellen Einnahmen weit gehend durch nicht ausgegebene Gelder aus 2001 kompensieren können. Diese Möglichkeit sei nunmehr jedoch erschöpft und man habe keine Reserven mehr, die man aus Vorjahren angesammelt habe. Da man auch keinen Vermögensverzehr plane, werde die Zahl der Förderprojekte 2003 nicht mehr die Höhe erreichen, die noch im letzten beziehungsweise auch im vorletzten Jahr habe bedient werden können.

Im letzten Jahr und im vorletzten Jahr - so fährt Prof. Dr. Block fort - habe man jeweils knapp 20 Kooperations- und Infrastrukturprojekte finanzieren können. Sowohl 2001 als auch 2002 seien jeweils rund 1,6 Millionen € für Förderprojekte ausgegeben worden. Der Anteil der Fördersummen an den Gesamtkosten der Projekte liege bei rund 50 %. Darüber hinaus sei darauf hinzuweisen, dass sich im Mai 2001 die TSH zusammen mit dem Wirtschaftsministerium um eine Aufnahme in das EU-Programm „Innovative Maßnahmen“ beworben habe. Dieser Antrag sei im Dezember 2001 mit einem Gesamtvolumen von knapp 3 Millionen € - zu 50 % aus Mitteln des EU-Fonds für regionale Entwicklung - genehmigt worden. Dieses Programm, das von der TSH mit 700.000 € unter dem Namen „e-Region Schleswig-Holstein“ kofinanziert werde, solle bis Ende 2003 laufen. Zu diesem Programm gehörten Projekte zur IT-Qualifikation, zur Anwendung von IT, aber auch zur Förderung der Selbstständigkeit von jungen Hochschulabsolventen und Wissenschaftlern.

Prof. Dr. Block schildert sodann im einzelnen Förderprojekte, die auf den Säulen Kooperations- und Infrastrukturprojekte und Qualifizierungsprojekte im Rahmen des Programms „e-Region Schleswig-Holstein“ sowie Evaluation der laufenden Projekte ruhten.

Aufgabe der TSH sei es aber nicht nur, Projekte anzustoßen und Projekte zu finanzieren, sondern Aufgabe sei es auch, die Technologieentwicklung zu beobachten, zu analysieren und gegebenenfalls auch „prospektiv“ zu wirken. Zu diesem Bereich gehöre sowohl die gerade vorgelegte Studie zur grünen Biotechnologie sowie auch die im Mai folgende Studie zur blauen Technologie. Ein anderes Beispiel in diesem Zusammenhang sei die Vorlage einer Bestandsaufnahme zur Nanotechnologie, die gegenwärtig noch wissenschaftsnäher sei. Aber dennoch gehe es hierbei darum, die Wirtschaft, den Anwendungsbereich in die Initiativen der TSH mit einzubinden.

In der folgenden kurzen Aussprache betont Prof. Dr. Block, dass sich die Stiftung immer kritisch fragen müsse, inwieweit sie gegebenenfalls Aufgaben übernehme, die möglicherweise primär in den Bereich anderer Institutionen fielen. Als Beispiel äußert er sich zufrieden mit der klaren Abgrenzung der Aufgaben zwischen TSH und ttz. Eine andere Abgrenzung stelle sich zu den Aufgaben, die zum Beispiel seitens des Wirtschaftsministeriums oder des Wissenschaftsministeriums wahrzunehmen seien. Im Einzelfall könne man sich hier durchaus auch einmal prinzipiell streiten, aber wie bei dem erwähnten Programm „e-Region Schleswig-Holstein“ sei es bei der Antragstellung auf EU-Ebene so gewesen, dass die Stiftung finanziell gar nicht in der Lage gewesen wäre, den Finanzierungsanteil von 50 % zu leisten.

Das Arbeitsprogramm der Stiftung werde stets in Diskussionen mit den für Technologie zuständigen Ministerien der Landesregierung besprochen und der hier stattfindende Dialog werde nach seiner Meinung von allen Seiten vernünftig gestaltet. Die Zusammenarbeit zwischen ttz, TSH und Wirtschaftsministerium sei für ihn, Prof. Dr. Block, sehr wichtig. Es habe eine Sitzung des Stiftungsrates über die Frage der Entwicklung der TSH in den nächsten zehn Jahren gegeben, an der sich auch der Wissenschaftliche Beirat beteiligt habe, und er könne auch hier nur betonen, dass die TSH auch in der Projektion der zukünftigen Arbeit auf einem guten Weg sei.

Mit der Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung, Drucksache 15/2253, erklärt der Ausschuss seine Beratungen für abgeschlossen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder legen als Termin für ihre bereits geplante Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein, Drucksache 15/1906, den 11. Juni 2003 fest.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, schließt die Sitzung um 11:45 Uhr.

gez. Roswitha Strauß

Vorsitzende

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer